

## A12 ISTGH

Antragsteller\*in: Hilmar Heier (BAG FRIEDEN, Del der LAG\_FREI (HE))  
Tagesordnungspunkt: 1. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

### Antragstext

1 Seite 120, im Abschnitt USA wird ein weiterer Absatz zum IStGH aufgenommen:

2 USA

3  
4 Die transatlantische Partnerschaft bleibt ein Stützpfiler der deutschen  
5 Außenpolitik, jedoch muss sie erneuert, europäisch gefasst, multilateral und an  
6 klaren gemeinsamen Werten und demokratischen Zielen ausgerichtet werden. Als  
7 Kern einer erneuerten transatlantischen Agenda der EU schlagen wir vor, einen  
8 gemeinsamen starken Impuls für die weltweite Klimapolitik, ausgehend von den  
9 Pariser Klimazielen, zu geben.

10 Wir setzen auch bei Digitalisierung, der Stärkung des Multilateralismus, in  
11 Handelsfragen sowie bei der Gesundheit auf eine gute Kooperation mit den USA.  
12 Wir wollen uns gemeinsam für den weltweiten Menschenrechtsschutz und eine  
13 regelbasierte Weltordnung einsetzen. Das schließt eine Verständigung über den  
14 Umgang mit autoritären Staaten wie China und Russland mit ein.

15 Wir fordern aber auch die USA auf, sich im Interesse des weltweiten  
16 Menschenrechts-schutzes, endlich dem internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zu  
17 unterwerfen.

18 Der sicherheitspolitische Fokus der USA wird sich auch mit der neuen US-  
19 Regierung nicht wieder zuvorderst auf Europa richten. Die EU und ihre  
20 Mitgliedstaaten müssen selbst mehr außen- und sicherheitspolitische  
21 Verantwortung übernehmen. Das gilt insbesondere für die Sicherheit der östlichen  
22 Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten und Polens. Wir wollen die  
23 transatlantische Debatte auf vielen Ebenen führen, auch auf den jeweiligen  
24 föderalen und lokalen, und damit nachhaltige, diverse gesellschaftliche  
25 Netzwerke knüpfen.

### Begründung

Begründung:

Die US-Regierung hat im Jahr 2000 das Statut des IStGH unterzeichnet, es dann jedoch nicht ratifiziert. Nachdem die Chefanklägerin des IStGH, Fatou Bensouda, vor einigen Jahren ankündigte, gegen US-Streitkräfte und US-Geheimdienste wegen möglicher Kriegsverbrechen in Afghanistan die Ermittlungen aufzunehmen, wurden gegen sie und weitere Richter und Staatsanwälte am IStGH, 2019 Einreiseverbote und Finanzsanktionen ausgesprochen. Präsident Biden hat diese Sanktionen mittlerweile zwar zurückgenommen, aber die USA unterwerfen sich weiterhin nicht dem Strafgerichtshof.

Aus Sicht von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind gerade auch die USA, als westliche Führungsmacht dazu aufgefordert, sich an die internationalen Regeln zum Schutz der Menschenrechte zu halten.